

GR HR DI Georg Topf

15.12.2020

## **F R A G E S T U N D E**

an Frau Stadträtin Elke Kahr

am 17.12.2020

**Betreff:** Wendeschleife der Straßenbahnlinie 7 in Zusammenhang mit dem 14.32.0 BBPL „Handelstraße – Herbersteinstraße – Villenstraße – Burenstraße“

Sehr geehrte Frau Stadträtin,  
werte Elke!

Die Diskussion und Auseinandersetzung mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern betreffend eine geplante ca. 700 m lange Wendeschleife im Rahmen des in Auflage befindlichen 14.32.0 BBPL „Handelstraße – Herbersteinstraße – Villenstraße – Burenstraße“ mit örtlichem Treffen am 16.10.2020 veranlasst mich als Mitglied des Ausschusses für Stadtplanung aber insbesondere als Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr zur Feststellung, dass diese nicht geringfügigen baulichen Maßnahmen mit Eckabschrägungen und Regulierungen an Grundstücken jedenfalls zumindest in fachlicher Hinsicht unbedingt vorausschauend sowohl im Ausschuss für Verkehr als auch mit BürgerInnenbeteiligung zu behandeln gewesen wären.

Die Rechtfertigung, dass dieser Informations- und Beteiligungsmangel auf ein Kommunikationsproblem zwischen Abteilungen zurückzuführen sei, möchte ich keinesfalls unwidersprochen im Raum stehen lassen, auch nicht nach Deiner Aussage, dass diese Wendeschleife ohnedies nicht mehr benötigt werde.

Man stelle sich die Situation vor, dass diesbezügliche erhebliche Maßnahmen für eine Verbesserung und/oder Erweiterung des ÖV-Netzes - im konkreten Fall für Straßenbahntrassen - unbedingt umzusetzen wären - und dies ohne vorausgehende Befassung des zuständigen Ausschusses für Verkehr und frühzeitige Information der Bevölkerung.

Eine völlig undenkbare Vorgangsweise für ein konkret umzusetzendes Projekt!

Daher stelle ich an Dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

**Frage:**

„Wie wirst Du in Zukunft bei solchen verkehrstechnischen Themenstellungen und baulichen Notwendigkeiten handeln, damit nach vorausschauender Befassung des Ausschusses für Verkehr und zeitgerechter Information von betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine solch äußerst prekäre und auf völliges Unverständnis stoßende Situation nicht wiederholt wird, insbesondere dann, wenn keine entsprechenden alternativen Maßnahmen für die Umsetzung eines konkreten Projektes zur Verfügung stehen?“